

Rainer Arnold

- (A) dass sich die Bundeswehr zunächst aus der Fläche zurückzieht, etwa von manchen Außenposten in Faizabad. Aber ich habe ein bisschen Sorge, dass es zu einer Verstärkung unserer unterstützenden und logistischen Aufgaben kommt. Ich glaube, da müssen wir aufpassen und ein Konzept entwickeln. Die Logistik in Masar-i-Scharif ist angewachsen, weil der Umfang der Aufgaben größer geworden ist. Jetzt muss aufgezeigt werden, welche Zuständigkeiten und welche Aufgaben in den nächsten zwei Jahren Stück für Stück abgegeben werden. Nur wenn das vorgegeben wird, wird es möglich sein, die Anzahl der Soldaten in Masar-i-Scharif – derzeit sind es über 3 000 – zu verringern. An dieser Stelle müssen wir aufpassen.

Ein weiterer Punkt ist die Debatte über Kampftruppen. Solange 100 Soldaten in Afghanistan sind, werden sie natürlich auch kämpfen können; deshalb ist der Begriff „Kampftruppen“ nicht so glücklich. Worum geht es im Kern? Es geht darum, dass deutsche Soldaten ab dem Jahr 2014 nicht mehr in den Dörfern, auf den Straßen, in den Städten die Verantwortung für die Sicherheit haben. Dies müssen die Afghanen selbst leisten. Es geht auch darum, dass Ausbildungskonzepte anders aussehen müssen als heute. Partnering draußen kann es nach den neuen Konzepten nicht mehr geben. Folglich erwarten wir auch hier eine Debatte und Vorschläge zur Umstellung der Ausbildungskonzepte. Es kann keine Breitenausbildung durch IDAF-Kräfte mehr geben, sondern es muss hier eher um die Spitze, um „Train the Trainer“ gehen. Alles andere werden die Afghanen selbst leisten können und selbst leisten müssen.

- (B) Kurz vor Weihnachten sind wir ja in einer besinnlichen Zeit, und wir wissen alle, dass in diesen Tagen bei den Soldaten und ihren Familien nicht einfach Alltagsroutine herrscht. Die Gedanken an die Familie und an Freunde oder die Gedanken an die Soldaten im Einsatz prägen sicherlich diese Tage der Soldaten und ihrer Familien ganz besonders.

Wir alle, die wir viel mit Soldaten reden, hören ja oft: Wir haben die Sorge, dass die deutsche Gesellschaft unser Engagement nicht richtig sieht, nicht richtig anerkennt. – Ich glaube, diese Einschätzung ist falsch. Die deutsche Gesellschaft streitet politisch über die Fortsetzung des Mandates und des Einsatzes. Das ist normal in der Demokratie. Aber die Soldaten, die ihren Dienst tun, erfahren nicht nur große Anerkennung, Respekt und Dank vom Parlament, sondern – da bin ich mir sehr sicher – auch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wissen, dass die Soldatinnen und Soldaten für uns alle eine schwierige Aufgabe wahrnehmen und dass sie ihnen Dank schuldig sind. Mein Rat an die Uniformträger lautet also: Seien Sie da selbstbewusst! Seien Sie da gelassen! – Soldatinnen und Soldaten haben in den Umfragen das gleiche hohe Ansehen wie die Polizisten, und das ist auch gut so.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Elke Hoff für die FDP-Fraktion. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Elke Hoff (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss an dieser Stelle für die Qualität und den Inhalt dieser Debatte wirklich große Anerkennung aussprechen. Mein Dank gilt besonders, Kollege Arnold, den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass sie die Verantwortung, die sie damals zu Regierungszeiten für unser Land übernommen haben, nun auch bis zum Schluss, bis zu einem hoffentlich baldigen Abzug der Truppen und bis zu einem hoffentlich baldigen Waffenstillstand, wenn nicht sogar Frieden, für eine schwierige, gebeutelte und gequälte Region mittragen werden. Dafür auch von meiner Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich den beiden Ministern, die hier heute die Inhalte des Mandates vorgetragen haben und vor allen Dingen auch die Perspektive aufgezeigt haben, für ihre realistische Einschätzung danken. Sie haben keine Schönfärberei der Lage betrieben. Sie haben auch auf die nach wie vor vorhandenen Risiken in diesem sehr sensiblen Prozess aufmerksam gemacht. Ich glaube, dass gerade das Engagement der Bundesrepublik, als Honest Broker, als ehrlicher Vermittler, als ehrlicher Partner, in dieser Region ein Mindestmaß an Stabilität herzustellen, ein außerordentliches Kompliment und ein großes Lob verdient hat. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es ist auch sehr deutlich geworden, dass wir eine tiefe moralische Verpflichtung gegenüber der afghanischen Bevölkerung haben. Ein überstürzter Abzug der Sicherheitskräfte, Kollege Gehrcke, würde genau denen wieder die Bahn ebnen, die dazu beigetragen haben, dass sich dieses Land und die Region heute in einer so desolaten Lage befinden. Wir vergessen häufig, weil zehn Jahre ja eine lange Zeit sind, den Grund für den Einsatz, nämlich dass diese Region zum Opfer und zum Ziel von Kräften geworden ist, die die internationale Staatengemeinschaft an ihren sensibelsten Punkten herausfordern wollten und wollen. Al-Qaida und die islamistische Bewegung führen diese Versuche ja nach wie vor uneingeschränkt fort.

Kollege Ströbele, ich bin erstaunt, dass gerade Sie als jemand, der auch hin und wieder in der Fraktion querdenkt, in diese Falle hineintappen. Ich kann es nicht nachvollziehen. Sie wissen, dass in den letzten Jahren zivile Opfer fast überwiegend durch Aktivitäten der Insurgency verursacht wurden. Natürlich hat es auch Probleme gegeben. In diesem Hause gab es ja einen Untersuchungsausschuss zu einem solchen Ereignis. Das heißt, auch wir als Parlament gehen, wenn etwas in die-

Elke Hoff

- (A) ser Richtung passiert, verantwortungsvoll damit um. Ich kann von daher nicht nachvollziehen, dass Sie nicht bereit sind, wenn Sie auf der einen Seite die NATO-Truppen kritisieren, auf der anderen Seite auch auf das Verhalten von Taliban, al-Qaida und anderen Gruppen aufmerksam zu machen. Das gibt ein schiefes Bild, und es ist für mich persönlich, lieber Herr Ströbele, ein Schlag ins Gesicht unserer Streitkräfte.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Darf der Kollege Ströbele noch eine Zwischenbemerkung machen? – Bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, Sie verweigern sich einfach der Realität, wie das die Minister auch schon gemacht haben. Realität ist, dass bei den Counter-Insurgency-Maßnahmen der Bundeswehr – vor allen Dingen aber der US-Streitkräfte – im Norden, wo die Bundeswehr die Verantwortung trägt – das hat der Kollege Schmidt vorhin ausgeführt –, ein Großteil der getöteten Menschen nichts mit den Taliban zu tun hat. Diese Menschen sind Denunzierte, es handelt sich um fehlgeleitete Bomben.

Genauso verhält es sich nach allen Statistiken bei den Getöteten, die durch die Killerdrohnen ums Leben gekommen sind. Das sind extralegale Hinrichtungen, wobei ein Großteil der Getöteten – der Anteil wird auf einen Wert zwischen 30 und 50 Prozent geschätzt –

- (B) Menschen sind, die auf die Listen geraten sind, ohne je irgendetwas mit al-Qaida oder so zu tun gehabt zu haben. Nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis!

Das heißt, da werden – wenn Sie so wollen – Zivilisten getötet, nur weil sie auf eine solche Liste geraten sind. Das muss doch eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, der Gerechtigkeit und den Freiheitsrechten verbunden zu sein, auf die Palme treiben. Die muss doch sagen: Das kann so nicht weitergehen. Es handelt sich jedes Mal um Verstöße gegen das Völkerrecht. Extralegale Hinrichtungen sind verboten, auch im Krieg.

Elke Hoff (FDP):

Lieber Herr Ströbele, durch ständige Wiederholung der gleichen Argumente wird die Gesamtbetrachtung der Lage durch Sie nicht besser. Vielleicht können Sie an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen: Ja, natürlich hat es das gegeben. Ich glaube, dass im Gegensatz zu Organisationen wie den Taliban und al-Qaida die NATO zumindest in der Lage war, sich für diese Vorgänge zu entschuldigen

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das hilft den Betroffenen sehr viel!)

und für die Betroffenen Kompensation zu leisten. Darüber hinaus hat man versucht, durch eine Änderung der Einsatzregeln – die hat am Ende der Reise dazu geführt, dass die Inkaufnahme eigener Verluste wesentlich höher geworden ist – diesem Ereignis Rechnung zu tragen.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es gerade in einem asymmetrischen Umfeld zu den perfiden Taktiken der Aufständischen gehört, die Zivilbevölkerung sozusagen zu einer Partei zu machen und zum Teil sogar Deckung und Schutz in der Zivilbevölkerung zu suchen. Wenn das, wie es Minister de Maizière richtig gesagt hat, nicht niederträchtig ist, dann weiß ich nicht, was es ist. Dazu, lieber Herr Ströbele

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– jetzt bin ich dran! –, höre ich von Ihnen nie auch nur ein einziges Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Insofern ist für mich die Frage jetzt auch beantwortet.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf einen anderen Punkt eingehen. Ich habe mich in der Vergangenheit, auch in den letzten Wochen, zu einem Thema geäußert, das mir sehr wichtig ist und das ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen möchte. Selbstverständlich schicken wir nach wie vor unsere Soldatinnen und Soldaten in einen gefährlichen Einsatz. Deswegen bin ich Ihnen, Herr Minister de Maizière, für Ihre Klarstellung gestern im Verteidigungsausschuss dankbar, dass es zurzeit ernsthafte Bemühungen mit der wehrtechnischen Industrie und mit den Verbündeten gibt, sodass unsere Soldatinnen und Soldaten auch dann über entsprechenden Schutz verfügen, wenn sie in eine schwierige Lage kommen.

Ich halte dies für gut und für richtig. Ich glaube, es ist eine entscheidende Botschaft an unsere Soldatinnen und Soldaten, dass wir im Parlament alles dafür tun, dass sie heil und gesund an Leib und Leben wieder zu ihrer Familie und zu ihren Freunden zurückkommen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir wissen, dass uns ganz schwierige Monate – wenn nicht sogar Jahre – bevorstehen. Ich glaube, es ist gut, dass inzwischen auch die Regionen, um die es letztendlich geht, begriffen haben, dass auch sie einen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit auf den Weg bringen müssen, wenn die westlichen Truppen abgezogen sein werden.

Wir haben uns immer vorgestellt, einen Prozess zu initiieren, der in Europa erfolgreich war; ich nenne nur OSZE und KSZE. Wenn es dann am Ende der Reise dazu kommen sollte, dass Institutionen in der Region einen solchen Prozess beginnen, wäre ich sehr froh und zufrieden. Ich hoffe, dass Staaten wie China, Russland und Indien sich ihrer Verantwortung bewusst sind, dass sie sich aktiv an einem solchen politischen Prozess beteiligen und dass auch die Bundesrepublik Deutschland weiterhin wie bisher mit aller Kraft daran arbeitet, dass ein solcher politischer Prozess an dieser Stelle auf den Weg gebracht wird.

Lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen an dieser Stelle ganz besonders auch allen Soldatinnen und Soldaten der NATO, der mit uns verbündeten Armeen danken, die Leib und Leben für unsere Sicher-

Elke Hoff

- (A) heit einsetzen. Ich bedanke mich bei unseren Polizisten, bei unseren für die Entwicklungszusammenarbeit Zuständigen und bei den Diplomaten, die auch in schwieriger Lage ihre schwierige Arbeit vollführen müssen. Vor allen Dingen darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die dieses schwierige Mandat in schwieriger Zeit unterstützen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Christine Buchholz ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter dem Stichwort „Perspektiven in Afghanistan“ werden heute die Ergebnisse der Bonner Afghanistan-Konferenz, der sogenannte *Fortschrittsbericht Afghanistan* der Bundesregierung und das neue Mandat für den Bundeswehreinsatz diskutiert. Wir sagen ganz klar: Herr Westerwelle, Herr de Maizière, Sie haben den Menschen in Afghanistan keine Perspektive zu bieten. Die Bonner Afghanistan-Konferenz war eine reine Showveranstaltung. Es gab keine konkreten Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan verbessern. Ihre Bilanz ist unehrlich.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Das hat auch einen ganz konkreten Ausdruck in Bonn gefunden: Regierungskritische Personen waren nicht anwesend. Selbst die handverlesenen Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft ziehen eine vernichtende Bilanz. So sagt die Frauenrechtlerin Selay Ghaffar: Das ist wie die ganzen Konferenzen zuvor, viele Versprechungen werden gemacht, aber nichts geschieht. – Ich wiederhole: Die Bonner Afghanistan-Konferenz war eine Showveranstaltung.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber noch schlimmer: Sie treten die Würde der Opfer des Krieges mit Füßen.

(Dr. Bijan Djir-Sarai [FDP]: Jetzt reicht es aber!)

Herr Westerwelle, Sie haben gesagt, dass Sie in Kabul in die Augen von Kindern geschaut und Hoffnung gesehen haben. Ich glaube Ihnen das. Warum aber haben Sie es noch nicht geschafft, in die Augen der Waisen des von der Bundeswehr befehligten Kunduz-Massakers zu schauen?

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Mir ist die Geschichte von Qureischa aus Kunduz zugetragen worden. Qureischa ist Witwe, eine der Frauen, die durch den Befehl der Bundeswehr am Kunduz-Fluss ihren Mann verloren hat. Sie ist 35 und hat sechs Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren. Qureischa hat

kein Einkommen und lebt beim Bruder ihres toten Mannes in einem kleinen Raum in einer Lehmhütte. Sie ist so arm, dass sie sich noch nicht einmal eine Decke für jedes ihrer Kinder leisten kann. Drei Kinder schlafen unter einer Decke – und das, wo der harte Winter in Afghanistan bevorsteht. Ihr Schwager ist also ihre einzige Rettung; aber auch er ist bitterarm. Morgens um 4 Uhr geht er los – 14 Kilometer zu Fuß –, um seine Arbeitskraft als Tagelöhner auf dem Markt anzubieten. (C)

Die Bundesregierung kümmert sich nicht um diese Opfer des Krieges. Sie haben – wie alle Kunduz-Opfer – keine anständige Entschädigung erhalten, auch nicht die 5 000 Dollar, die einige der Opfer, willkürlich ausgewählt, bekamen. Qureischa und ihre Kinder haben nichts bekommen.

Ich sage Ihnen: Es sind nicht nur die Kommandoaktionen der NATO, die die Zivilbevölkerung gegen die Besatzer aufbringen. Es ist diese Arroganz, mit der die Regierung die Würde der Opfer immer mit Füßen tritt,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

die die Bundeswehr und die NATO in Afghanistan zum Feind macht.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Was ist denn in Kabul bei den Anschlägen passiert?)

Hier haben Sie nichts gelernt. Und ich sage Ihnen: Menschlichkeit kann man nicht teilen.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Der Krieg in Afghanistan war von Anfang an falsch, und weil Sie nicht weiterwissen, machen Sie weiter wie bisher. Der Abzug ist eine Mogelpackung und eine Lüge; denn – Sie haben es selbst noch einmal betont, Herr de Maizière – die Bundeswehr wird nur dann wirklich abgezogen, wenn es die Sicherheitslage zulässt. Das heißt, wenn sie es nicht zulässt, bleibt die Bundeswehr dort. Auch das Mandat ist unverändert. Mit den AWACS-Flugzeugen, den Tornado RECCEs und den Spezialeinheiten wird – trotz Ihres Geredes vom Abzug – weiter Krieg in Afghanistan geführt werden. Der Krieg geht weiter, weitere drei Jahre, und dem werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Sie haben keinen Durchblick!)

Der Truppenrückzug ist nicht die Lösung der Probleme, aber er ist die notwendige Voraussetzung für eine politische Lösung. Deshalb: Truppen raus jetzt und nicht erst 2014!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Philipp Mißfelder ist der nächste Redner für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)